

Blickpunkt



Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



Landesjagdgesetz

Halbzeitbilanz Rot-Grün

Sieben-Jahres-Frist



Liebe Leserinnen und Leser,

auch mit dem neuerlichen Entwurf des Landesjagdgesetzes bleibt die rot-grüne Landesregierung ihrer Bevormundungspolitik treu: Bis ins kleinste Detail glaubt sie, alles regeln, vorschreiben und verbieten zu müssen. In ihrem ideologischen Feldzug gegen die Jäger übersieht die Landesregierung, dass vor allem der Wald, landwirtschaftliche Kulturen, die Artenvielfalt aber auch Gartenbesitzer und Hundehalter die Leid-

tragenden ihrer Regelungswut sein werden. Der vorgelegte Entwurf zeigt aber auch, dass der massenhafte Protest aus dem ländlichen Raum und die Intervention der CDU richtig waren und fortgesetzt werden müssen. So konnte zumindest die ursprünglich beabsichtigte weitere Zersplitterung der Jagdreviere durch Ausdehnung der Befriedungsmöglichkeit verhindert werden. Dass der Minister aber weiter an der Wiedereinführung der Jagdsteuer festhält, ist ein Affront gegen die gesamte Jägerschaft. In den letzten Wochen haben viele SPD-Vertreter auf den Podien vor Ort immer wieder beteuert, dass sie viele Regelungen aus dem Rammel-Gesetz, insbesondere auch die Wiedereinführung der Jagdsteuer, nicht mittragen werden. Vor dem Hintergrund ist es mehr als enttäuschend, was die SPD dem grünen Koalitionspartner abge-

rungen hat. Hier klaffen Reden und Handeln bei den Sozialdemokraten weit auseinander. Im Sinne einer Schadensbegrenzung erwarten wir von der Ministerpräsidentin, dass sie unserem Appell folgt, ihre Gesprächsblockade beendet und sich endlich persönlich mit den Jägern und Verbänden des ländlichen Raums austauscht. Wozu eine Politik der Dialogvermeidung ansonsten führt, hat zuletzt die Auseinandersetzung mit den Beamten gezeigt. Wer auf Gängeln, Vorschreiben und Verbieten setzt, der schafft keine Akzeptanz, sondern lässt die Betroffenen zurück.

A. Birkhahn

Astrid Birkhahn

Rot-grüne Haushaltspolitik: Der Schuldenberg wächst weiter

An den Plenartagen wurde vor der Verabschiedung intensiv über den Haushalt 2015 debattiert. Die Zahlen: Gut 1,9 Milliarden Euro neue Schulden, der Etat umfasst Ausgaben von rund 64 Milliarden Euro. Damit steigt die Gesamtverschuldung von NRW auf 140 Milliarden Euro an. Die Zinszahlungen des Landes liegen jährlich bei 3,5 Milliarden Euro.

„Die Haushaltspolitik der Landesregierung ist an einem Punkt angekommen, an dem jedem offensichtlich wird: Auf dem bisherigen Weg, den Rot-Grün in den letzten vier Jahren beschritten hat, geht es nicht mehr weiter“, so Astrid Birkhahn. Die einzige wirkliche Sparmaßnahme bei der Beamtenbesoldung war verfassungswidrig. Gästen des Landes wurde wegen der schwierigen Haus-

haltslage nur noch Leitungswasser gereicht. Als letzten Ausweg erhöht Rot-Grün erneut die Grunderwerbsteuer.

„Während Rot-Grün sich beharrlich weigert, der Realität ins Auge zu schauen und tragfähige Konzepte zu den zentralen Herausforderungen für unser Land vorzulegen, hat die CDU-Landtagsfraktion bereits in den Beratungen zum Landeshaushalt 2013 und 2014 rund 140 konkrete Vorschläge gemacht, wie die Sanierung der Finanzen in Nordrhein-Westfalen dauerhaft gelingen kann. Die Haushaltsänderungsanträge und die inhaltlichen Fachanträge wurden von den regierungstragenden Fraktionen allesamt abgelehnt“, erklärte Birkhahn.

Regierung Kraft steht zur Halbzeit vor einem Scherbenhaufen



Immer mehr Menschen in NRW sind unzufrieden mit der Regierung Kraft und demonstrieren gegen die Politik der rot-grünen Landesregierung. (Bilder: Volker Zierhut).

Zur Halbzeitbilanz der rot-grünen Landesregierung unter Führung von Frau Kraft erklärt die Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn: „Das Zeugnis zur Halbzeit der Regierung Kraft fällt dramatisch schlecht aus. In der Schule hätte Frau Kraft die Versetzung nicht geschafft. Dafür sind die Leistungen in den wichtigsten landespolitischen Kernfächern mangelhaft bis ungenügend.“

Diese Landesregierung hat kein Ohr für Industrie und Wirtschaft. Statt durch gute Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu sorgen, schafft Rot-Grün Wettbewerbsnachteile durch ständig neue Belastungen wie das Tariftreue- und Vergabegesetz, das Klimaschutzgesetz, den Landesentwicklungsplan oder die Erhöhung der Grunderwerbsteuer.

Gleiches gilt für die Infrastrukturpolitik: Die Regierung Kraft hat bis heute nicht verstanden, dass Verkehrspolitik auch Wirtschaftspolitik ist. So ist das Haushaltsvolumen des Landes seit 2010 zwar um 20 Prozent aufgebläht worden, aber der Haushalt für das Verkehrsministerium und damit die Mittel für den dringend

benötigten Infrastrukturausbau sind gleich geblieben. Das ist eine Kapitulation vor den Erfordernissen der Verkehrspolitik. Noch trauriger sieht es beim Breitbandausbau als Grundlage für die digitale Infrastruktur von morgen aus. Die Landesregierung verschläft die Zukunft und legt damit schon heute die Weichen dafür, dass Nordrhein-Westfalen auch künftig hinten liegt. Zudem wird die Landesregierung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in NRW immer wieder wortbrüchig wie z.B. bei der Erhöhung der Beamtenbesoldung. Die Bilanz zur Haushaltspolitik fällt dramatisch aus: Trotz höchster Steuereinnahmen in der Geschichte und historischem Niedrigzins bleibt die Einhaltung der Schuldenbremse 2020 in unerreichbarer Ferne. Fakt ist: Alle anderen Länder bauen Schulden ab, während die Regierung Kraft genauso viele Schulden macht wie im letzten Jahr und mehr Schulden als alle anderen Bundesländer zusammen. Mit dieser Haushaltspolitik schwächen Frau Kraft und Herr Walter-Borjans auch unsere Verhandlungsposition bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen.

Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Kalte Temperaturen im Dezember und heiße Debatten im Plenarsaal: Alles andere als besinnlich ging es bei den Plenartagen im Dezember im Landtag NRW zu. Dabei standen die Tage ganz im Zeichen der 2. und 3. Lesung des Haushaltsgesetzes (siehe Artikel Seite 1). Die Abge-



ordneten lieferten sich zudem verbale Schlagabtausche zur Novellierung des Jagdgesetzes (siehe Artikel Seite 1) und der Erhöhung der Grunderwerbssteuer. Daneben standen auch die Pläne des Bundeswirtschaftsministers zur Abschaltung von Kohlekraftwerken auf der Agenda. Nicht zuletzt wurde der Datenschutz zum Thema der Debatte gemacht. Dabei machte die CDU noch einmal deutlich, dass Deutschland in Zeiten der modernen Informationsgesellschaft nicht mehr ausschließlich am Hindukusch verteidigt wird, sondern auch mit der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten, die den Datenschutz nicht missachten dürfen. Alle Entscheidungen unter:

www.landtag.nrw.de.

Ortsunion Sassenberg zu Gast im Landtag NRW



Astrid Birkhahn (.r.) begrüßte die Ortsunion Sassenberg im Landtag NRW.

Der Düsseldorfer Landtag war Ziel eines Informationsbesuchs der Ortsunion Sassenberg aus dem Kreis Warendorf. Die 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, unter der Leitung von Rüdiger Völler, erhielten einen lebendigen Eindruck von der parlamentarischen Arbeit der Landtagsabgeordneten Astrid Birkhahn. Nach einem Frühstück im Landtagsrestaurant erlebten sie den verbalen Schlagabtausch während der Debatten von der Besuchertribüne.

Nach einer ausführlichen Führung durch das am Rhein liegende Landtagsgebäude organisiert durch den Besucherdienst des Landtages, diskutierten die Mitglieder eine Stunde mit der CDU-Landtagsabgeordneten. „Die Diskussion mit den Besucherinnen und Besuchern aus meinem Wahlkreis war sehr anregend“, so

Astrid Birkhahn die sich über die große Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer freute. „Im persönlichen Gespräch kann ich nicht nur anschaulich meine Aufgaben im Rahmen der Landespolitik näher bringen, sondern auch Hinweise, Meinungen und Ratschläge der Besucherinnen und Besucher für meine parlamentarische Arbeit mitnehmen“, erläutert Birkhahn.

Der interessante Tag im Parlamentsgebäude wurde auf einem Gruppenbild gemeinsam mit der CDU-Landtagsabgeordneten Astrid Birkhahn festgehalten. Die Ortsunion verbrachte im Anschluss der Besichtigung noch einige schöne gesellige Stunden in der Altstadt und auf dem Düsseldorfer Weihnachtsmarkt.

Flüchtlingskosten: Bund hilft dem Kreis Warendorf mit 1,51 Millionen Euro

Die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn begrüßt, dass der Bund in den nächsten zwei Jahren den Kommunen mit jeweils 500 Millionen Euro bei dem drängenden Problem der Flüchtlingskosten helfen will.

„Allein im Kreis Warendorf könnte die jetzige Entlastung des Bundes zu einer finanziellen Hilfe von gut 1,51 Millionen Euro führen. Allerdings nur dann, wenn 100 Prozent der Hilfe da ankommen, wo sie gebraucht wird: In den Städten und Gemeinden! Mit dieser zu-

sätzlichen Unterstützung wird der Bund seiner Verantwortung für diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung gerecht. Während die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die Kommunen nur unzureichend bei den Aufwendungen für Asylbewerber unterstützt, entlastet der Bund die Kommunen tatsächlich“, so Birkhahn. Das Land hatte bislang im Durchschnitt nur 20 Prozent der Aufwendungen der Kommunen für die Versorgung von Asylbewerbern getragen.

Sieben-Jahres-Frist muss dauerhaft ausgesetzt werden

Ein Hindernis für die Umnutzung ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude im Außenbereich war in der Vergangenheit die sogenannte Sieben-Jahres-Frist. Demnach war die Nutzungsänderung eines Gebäudes im bauplanungsrechtlichen Außenbereich, das ehemals einem landwirtschaftlichen Betrieb diente, nur möglich, wenn zwischen der Aufgabe der bisher privilegierten landwirtschaftlichen Nutzung und der geplanten Nutzungsänderung ein Zeitraum von weniger als sieben Jahren liegt. Das derzeit geltende Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in NRW, das der Landtag am 18. März 2009 beschlossen hat, tritt am 31. Dezember 2014 außer Kraft. Damit endet die Aussetzung der Sieben-Jahres-Frist. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich für die weitere Aussetzung dieser Regelung ein. Dazu erklärt Astrid Birkhahn: „Um Leerstände und Verfall auf ehemaligen Bauernhöfen und anderen landwirtschaftlichen Betrieben zu verhindern, gilt es nun, eine Neuregelung für die Zeit nach dem 31. Dezember zu finden. Daher hatten die Fraktionen von CDU und FDP einen Gesetzentwurf zur dauerhaften Aussetzung der Sieben-Jahres-Frist in den Landtag eingebracht. Die Expertenanhörung hat uns bestätigt: Alle Sachverständigen halten den Gesetzentwurf für sinnvoll. Wir fordern daher alle Landtagsfraktionen auf, gemeinsam mit uns für eine zügige Verabschiedung unseres Gesetzentwurfs zu sorgen.“

Bund unterstützt Kinderbetreuung im Kreis Warendorf

Zu dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung erklären die Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Warendorf.

„Der Deutsche Bundestag hat jetzt beschlossen, das Sondervermögen ‚Kinderbetriebsausbau‘ um 550 Millionen Euro aufzustocken. 575.711 Euro fließen in den Kreis Warendorf. Darüber hinaus wird zur weiteren Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Kinderbetreuung der Länderanteil an der Umsatzsteuer zulasten des Bundesanteils in den Jahren 2017 und 2018 um jeweils 100 Millionen Euro erhöht“, erläutert Astrid Birkhahn.

„Dieses Engagement des Bundes beim Ausbau der Kinderbetreuung ist ausdrücklich zu begrüßen. Allein in Nordrhein-Westfalen profitieren die Kitas in Höhe von insgesamt über 118 Millionen Euro von der Unterstützung des Bundes. Auch im Kreis Warendorf ist die Hilfe des Bundes ein weiterer Schritt, die notwendigen U3-Plätze zu schaffen und eine qualitativ gute Kinderbetreuung zu gewährleisten. 351.711 Euro fließen an das Jugendamt Ahlen, 224.468 Euro an das Jugendamt in Beckum“.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine besinnliche Weihnachtszeit und für das Jahr 2015 Glück, Erfolg und vor allem Gesundheit sowie Gottes Segen!



Impressum

Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 - 2744
Telefax: 0211 - 884 - 3346
E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de
www.astrid-birkhahn.de